

Kurzmeldungen März 2016

Flüchtlinge kommen in die EU

Die Bundesregierung hat für Kriegsflüchtlinge aus Syrien die "Dublin III"-Regelung am 21. Oktober 2015 für Flüchtlinge aus Syrien wieder in Kraft gesetzt; demnach können praktisch alle Flüchtlinge, die nach Deutschland gelangt sind, jederzeit in denjenigen EU-Staat abgeschoben werden, in dem sie zuerst EU-Gebiet betreten haben.

Mit neuen Lagern ("Bearbeitungszentren", "Hotspots") entlang der Fluchtrouten in Südosteuropa will die EU die Registrierung und gegebenenfalls Abschiebung von Flüchtlingen beschleunigen. In ihnen müssen die Flüchtlinge sich registrieren lassen; anschließend werden diejenigen, die keine Aussicht auf Asyl haben, direkt abgeschoben, während die übrigen zur Bearbeitung ihrer Asylanträge in andere EU-Staaten umverteilt werden sollen.

Ein "Hotspot" auf der italienischen Insel Lampedusa ist inzwischen in Betrieb. Fünf weitere "Hotspots" entstehen auf griechischen Inseln vor der türkischen Küste.

Quelle: german-foreign-policy.com 11.11.2015.

<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/009484.html>

Die Nato wird auf Betreiben Deutschlands, der Türkei und Griechenlands erstmals in der Geschichte des Militärbündnisses zur Bekämpfung von Flüchtlingsbewegungen nach Europa eingesetzt. Das haben die Verteidigungsminister der 28 Nato-Mitgliedsstaaten beschlossen. Ein bislang vor Zypern liegender Marineverband unter Führung des deutschen Kriegsschiffs "Bonn" erhielt unmittelbar danach vom obersten Nato-Kommandeur in Europa, Philip Breedlove, den Befehl, in die Ägäis aufzubrechen. Im Seegebiet zwischen der Türkei und Griechenland sollen die unter deutschem Befehl stehenden Kriegsschiffe "Aufklärungs- und Überwachungsaufgaben übernehmen.

Quelle: taz 11.2.16 von Andreas Zumach.

<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/009650.html>

Nach einer Flüchtlingsstudie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), durchliefen gut 23 % der in Deutschland anerkannten Flüchtlinge in ihren Herkunftsländern eine schulische Ausbildung, die fünf Jahre nicht überschritten hat. Eher lag sie unter diesem Limit, so dass auch Analphabeten unter den Migranten sind. Folglich fehlt die berufliche Qualifikation. Integration heißt in diesem Fall zunächst nachholender Schulbesuch.

62 % der Befragten hatten bisher in ihrem Leben weder eine berufliche Ausbildung noch ein Studium begonnen. Nur 6% der Migranten aus dem Irak haben eine Universität oder Hochschule absolviert, bei den Syrern sind es 8,3 % -(Stand Ende 2014).

Daraus wiederum ergab sich bis dahin eine relativ niedrige Beschäftigungsquote anerkannter Flüchtlinge von lediglich 36,5 %, wovon wiederum 44 % in sogenannten Helferberufen arbeiteten (der Durchschnittswert für die Erwerbsbevölkerung in Deutschland lag bei dieser Beschäftigungskategorie bei 15 %). 48 % der Migranten hatten bis Ende 2014 eine Anstellung in Fachberufen gefunden, was wiederum klar unter dem Durchschnittswert für den deutschen Arbeitsmarkt von etwa 72 % lag.

Quelle: der FREITAG vom 1.3.16

<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/009686.html>

Wikileaks veröffentlicht Libyen-Plan

Es gibt angeblich ein politisches Libyen-"Drehbuch" für die nächsten Wochen und Monate, das in genau benannten Phasen (1, 2A, 2B und 3) bereits abläuft - und als zentrale Elemente die Einsetzung einer Einheitsregierung in Libyen, eine Militärintervention mit Bodentruppen sowie den Stopp von Flüchtlingsströmen sowie den Kampf gegen Schleuser enthält. Die jährlichen Einnahmen aus dem Schleusergeschäft mit Flüchtlingen in Libyen werden in dem Dokument auf 250 bis 300 Millionen Euro geschätzt. Geschrieben hat das Dokument Enrico Credendino. Er ist italienischer Marine-Konteradmiral und Kommandeur der EU-Militäroperation EUNAVOR MED (European Union Naval Force Mediterranean Sea).

EU-Verbände sollen in Phase 2B in libyschen Territorial-Gewässern operieren, in Phase 3 ist eine EU-Militäraktion in Syrien an Land geplant. Es handelt sich um einen 6-Monatsbericht vom 22.6. bis 31.12.2015. Das Dokument spricht auf Seite 4 von der "Hauptbotschaft an die Internationale Gemeinschaft, dass die EU fähig ist, eine Militäroperation in Rekordzeit zu starten"

Frontex wird im Text auf Seite 14 als "Hauptpartner" bezeichnet, mit dem es "eine allgemeine Übereinkunft und spezifische operationale Abläufe" gebe.

Aus militärischer Sicht scheint es dem Marine-Konteradmiral im Kampf gegen die Schleuser wichtig, so schnell wie möglich in die libyschen Gewässer zu kommen.

Quelle: WikiLeaks 29.1.2016 aus dem Militärausschuss der EU und das Politische und Sicherheitspolitische Komitee veröffentlicht:

<https://wikileaks.org/eu-military-refugees/EEAS/EEAS-2016-126.pdf>

Terroranschlag in Frankreich

Am 13. November 2015 kam es zu sechs Simultanattentaten in Paris. "Was sich gestern ereignet hat, ist ein Kriegsakt, und dem gegenüber muss das Land die angemessenen Entscheidungen treffen", sagte der französische Präsident François Hollande.

Premierminister Manuel Valls erklärte: "Ja, wir sind im Krieg." Frankreich werde handeln, um diesen Feind zu zerstören.

Getroffen werden sollte nicht nur das militärisch gegen den IS engagierte Frankreich.

Frankreich erklärte den Ausnahmezustand und weitete die Überwachung aus.

Eine Politik, die nur auf militärische Lösungen setzt, spielt dem IS in die Hände. Der UNO-Sicherheitsrat verabschiedet einstimmig für eine von Frankreich eingebrachte Resolution zur Bekämpfung des IS. Unter Bezugnahme auf die Anschläge von Paris und Beirut sowie gegen das russische Flugzeug bezeichnete der Rat den IS als "globale und beispiellose Bedrohung für internationalen Frieden und Sicherheit".

Die Arbeitslosigkeit unter den 15- bis 29-Jährigen aus den Vorstädten liegt mit 47% doppelt so hoch wie im französischen Landesdurchschnitt.

Quelle: der FREITAG vom 30.12.2015

<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/009573.html>

Syrien-Krieg

Auf der Syrien-Geberkonferenz hat sich Deutschland als größter Geber unter den 70 Teilnehmerstaaten der Konferenz verpflichtet, 2,3 Milliarden Euro für die humanitäre Versorgung der Menschen in den Bürgerkriegsgebieten Syriens zu geben. 8 Milliarden Euro hatte die UNO vor der Konferenz als Bedarf allein für das Jahr 2016 angemeldet, um

die humanitäre Versorgung der insgesamt 17 Millionen Flüchtlinge sowie hilfsbedürftigen Menschen innerhalb Syriens zu gewährleisten. Doch für dieses Jahr wurden in London lediglich 5,3 Milliarden versprochen. Die restlichen 3,7 Milliarden sind für die Jahre 2017 bis 2020 bestimmt. Auch Berlin will für dieses Jahr nur 1,2 Milliarden Euro geben, den Rest erst bis Ende 2018.

Quelle: taz 5.2.16

<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/009639.html>

Erst nach der auf der Sicherheitskonferenz in München erzielten Einigung der "Internationalen Unterstützungsgruppe für Syrien" (ISSG) auf eine "Feuerpause" in Syrien sowie auf die "möglichst schnelle ungehinderte humanitäre Versorgung der notleidenden Bevölkerung in allen bislang belagerten oder schwer zugänglichen Städten und Regionen" ist eine Feuerpause möglich.

Bei dem Streit geht es in erster Linie um die beiden islamistisch-salafistischen Rebellengruppen "Dschaisch al-Islam" (Armee des Islam) und "Ahrar al-Scham" (Islamische Bewegung der freien Männer der Levante). Die beiden Gruppen haben enge ideologische und operative Verbindungen zur Al-Nusra-Front, dem syrischen Ableger des Al-Kaida-Terrornetzwerkes. Sie kontrollieren derzeit noch Gebiete um die umkämpfte Stadt Aleppo, die die syrischen Regierungstruppen mit massiver Unterstützung durch russische Luftstreitkräfte zu erobern versuchen.

Dschaisch al-Islam und Ahrar al-Scham werden von Saudi-Arabien, Katar und der Türkei unterstützt und gehören mit jeweils 20.000 bis 25.000 Kämpfern zu den militärisch stärksten Rebellengruppen im syrischen Bürgerkrieg.

Quelle: taz 13.2.16

<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/009657.html>

Nach Übersicht von Ocha und Ärzte ohne Grenzen brauchen über 500.000 Menschen in 15 Städten und Regionen des Landes, die entweder von Regierungstruppen oder bewaffneten Oppositionsmilizen belagert und völlig abgeriegelt sind, dringende Überlebenshilfe. Sie seien akut vom Hungertod bedroht. Darüber hinaus können über 4 Millionen Menschen in Städten und Regionen, zu denen der Zugang durch die eine oder andere Kriegspartei zumindest behindert und eingeschränkt wird, nicht ausreichend humanitär versorgt werden.

Syriens UN-Botschafter Baschar Dschaafari behauptete vor dem Sicherheitsrat dagegen, es gebe keine hungerleidenden Menschen in Madaja.

Quelle: taz 12.1.16

<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/009595.html>

Die syrische und russische Luftwaffe sollen in den letzten drei Monaten gezielt Krankenhäuser und andere Gesundheitseinrichtungen in der Provinz Aleppo angegriffen haben, um die Zivilbevölkerung zu vertreiben. Diesen Vorwurf erhebt die Menschenrechtsorganisation Amnesty International. MitarbeiterInnen von Kliniken und Gesundheitsposten hätten "immer wieder die Überzeugung geäußert", dass die Truppen vor einer Bodenoffensive offensichtlich die Bevölkerung vertreiben wollten und dazu Krankenhäuser und Infrastruktur zerstörten.

"Damit wurde eine Lebensader für die Menschen in diesen umkämpften Gebieten gekappt, was ihnen keine andere Wahl ließ, als zu fliehen", erklärte die AI-Vertreterin. In

keinem Fall habe es den Augenzeugen zufolge in der Nähe der angegriffenen Gesundheitseinrichtungen Militärfahrzeuge, Kontrollposten oder gegnerische Kämpfer gegeben.

Nach Angaben von Ärzten ohne Grenzen (MSF) wurden allein in Syrien im vergangenen Jahr 63 von der Organisation unterstützte Kliniken attackiert. Im Jemen wurden demnach mindestens drei MSF-Einrichtungen beschossen. Bei einem US-Luftangriff Anfang Oktober auf ein Krankenhaus der Hilfsorganisation in der nordafghanischen Stadt Kundus wurden 42 Menschen getötet.

Quelle: taz 3.3.16

<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/009692.html>

UN-Bericht über Gewalt in Syrien

Die Regierung Assad hat dem UN-Untersuchungsausschuss stets die Einreise nach Syrien verweigert. Der Ausschuss sieht es als erwiesen an, dass die syrische Regierung und ihr Sicherheitsapparat in "systematischer Weise" Menschen willkürlich verhaften, verschwinden lassen sowie in Hafteinrichtungen foltern und ermorden ließen. Zum Teil geschahen diese Verbrechen auch in Militärhospitälern. Über die Toten und die Umstände ihres Ablebens würden "akribische Berichte" für die Verantwortlichen in Militär, Polizei und Politik angelegt. Der Bericht enthält detaillierte Zeugenbeschreibungen grausamer Folter sowie die Lagekarten und Namen auch bislang geheimer Haft- und Foltereinrichtungen. Die Milizen des "Islamischen Staates" haben laut dem Bericht ähnliche Verbrechen gegen Zivilisten in den von ihm kontrollierten Gebieten begangen sowie Kriegsverbrechen zum Beispiel durch die Massenerschießung von gefangenen Regierungssoldaten oder von Kämpfern diverser Rebellengruppen. Den Rebellengruppen sowie der Al-Nusra-Front, dem syrischen Ableger des Al-Qaida-Netzwerks, hält der Bericht ebenfalls die Ermordung und andere Kriegsverbrechen gegen inhaftierte Regierungssoldaten und Kämpfer konkurrierender Rebellengruppen vor.

Quelle: taz 9.2.16 von Andreas Zumach.

<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/009647.html>

zur Einordnung des IS

Trotz allen Fantasien einer apokalyptischen Endschlacht mit den Ungläubigen plant der IS nicht, die USA im gewöhnlichen Sinne anzugreifen, und er wäre dazu auch nicht in der Lage. Sein praktisches, realistisches Ziel ist es, mehr Muslime an allen Orten auf seine Seite zu ziehen. Kaum etwas dient diesem Zweck besser als amerikanische Angriffe auf Muslime im Nahen Osten.

Die Terror-Anschläge des IS in den Landstrichen der "Ungläubigen" hätten vor allem das Ziel, die Muslime, die dort leben, zu radikalisieren, in der Hoffnung, sie für sich rekrutieren zu können. Tatsächlich sind alle IS-Strategien darauf abgestimmt.

Jeder Schritt, den wir weiter in den Bürgerkrieg hinein tun, ist ein falscher Schritt, der uns nur angreifbarer macht. Die beste Möglichkeit ist die Weigerung, in einem Bürgerkrieg anderer Leute Partei zu ergreifen. Die politische Einordnung der IS-Kämpfe in ein Modell vom muslimischen Bürgerkrieg weist den Weg zu einer neuen Politik der Zurückhaltung. Einige Beobachter simplifizieren den Kampf übereilt zu einer Schlacht von "Traditionalisten gegen Modernisierer". In den Mainstream-Medien in den USA führt das gewöhnlich dazu, dass wir uns wünschen, auf Seiten der Modernisierer einzugreifen. Andere simplifizieren den Kampf zu einer Schlacht zwischen Sunniten und Schiiten. Da

der Iran die führende schiitische Macht ist, neigen die Vertreter der amerikanischen Medien dazu, die Sunniten vorzuziehen. Alle diese einfachen Bilder werden zu dem Zweck gemalt, die eine oder die andere Seite zu unterstützen. Die Maler eines solchen Bildes streben einzig und allein einen Sieg der von ihnen vorgezogenen Seite an.

Gebt die zweifelhafte Genugtuung darüber auf, noch einen weiteren Krieg gegen "die Übeltäter" zu führen. Bietet stattdessen den Opfern des Bürgerkrieges - besonders denen, die in Syrien vor dem überwältigend hohen Maß an Gewalt fliehen, echte humanitäre Hilfe an, also eine Hilfe, mit der keine heimlichen politischen Ziele verfolgt werden. Beendet dagegen alle militärischen Aktionen.

Quelle: „The Peace Movement´s War Story“ von Ira Chernus (Prof. für Religionswissenschaften an der Universität Boulder Colorado) "Amerikas neues Vietnam im Nahen Osten“

<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/009654.html>

El Niño in Äthiopien

Bereits im April könnten mehr als zehn Millionen Menschen in Äthiopien von einer akuten Hungerkrise bedroht sein, warnt die internationale Hilfsorganisation CARE. Trotzdem fehlen weiterhin Gelder, um jetzt schnell Vorsorge zu treffen. Aufgrund des Wetterphänomens El Niño durchlebt das Land am Horn von Afrika schon das zweite Dürrejahr in Folge.

In manchen Gebieten im Osten des Landes ist die Produktion von Getreide um 70 % gefallen. Es ist die schwerste Dürre in Äthiopien seit über 30 Jahren. El Niño hat Äthiopien und viele andere Länder des afrikanischen Kontinents so stark getroffen wie schon lange nicht mehr. Gerade chronisch arme Familien, die kaum Reserven bilden können, stehen jetzt vor dem Nichts.

CARE unterstützt in Äthiopien im Moment eine halbe Million Menschen mit Lebensmittelhilfe, 150.000 Kinder und Mütter mit Zusatznahrung und stellt für 290.000 Menschen sauberes Trinkwasser bereit. Weltweit hat CARE bisher über 1.1 Millionen von El Nino betroffene Menschen in sechs Ländern unterstützt.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/zukunft/care-zu-el-nio-in-aethiopien-wir-steuern-auf-eine-katastrophe-zu.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2005.%20M%C3%A4rz%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter

3.3.16

Russland fördert Rechtspopulisten

Seit Herbst 2015 beobachtet die EU-Kommission Propagandaaktivitäten Russlands in Europa. Auffällig ist demnach die Unterstützung rechter und rechtsextremer Gruppierungen in EU- und NATO-Staaten durch russische regierungsnahe Organisationen.

Das Hauptziel soll die Destabilisierung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten sein. Das wichtigste Werkzeug für die Destabilisierung ist die Unterstützung von Parteien vom rechten Rand, die gegen das Establishment, gegen die EU und die NATO sind.

Im Oktober 2015 reiste AfD-Vizechef Alexander Gauland mit einer Parteidelegation nach Sankt Petersburg – auf Kosten der Stiftung "Sankt Basilius der Große". Dahinter steht der russische Oligarch Konstantin Malofejew, der beschuldigt wird, prorussische Kämpfer in der Ostukraine zu finanzieren. Gegen den Unternehmer verhängte die Europäische Union

deshalb ein Einreiseverbot.

Der französische Front National nahm sogar ein Darlehen in Millionenhöhe von einer russischen Bank an. Der Front National von Marine Le Pen hat in über 90 % der Fälle im Sinne Russlands abgestimmt, die britische Partei UKIP in 67 % der Fälle.

Die russische Partei "Rodina" organisierte im März 2015 das "Internationale russische konservative Forum Europa" in Sankt Petersburg, zu dem Vertreter rechter und rechtsextremer Parteien aus ganz Europa eingeladen waren. Auch Udo Voigt, NPD-Abgeordneter im Europa-Parlament, nahm an der Tagung teil.

Quelle: ZDF/Frontal21 15.3.16

<http://www.zdf.de/frontal-21/russland-foerdert-europaeische-rechtspopulisten-42678994.html>

Rüstungsexporte

Wirtschaftsminister Gabriel (SPD) antwortete auf die Fragen des Bundestagsabgeordnete Jan van Aken, die ihn zwangen, die Eckdaten für den deutschen Rüstungsexport 2015 vorzulegen. Gabriel ging deshalb vor der Bundespressekonferenz selbst in die Offensive. Dem Abgeordneten lieferte er die Antwort auf dessen Fragen erst nach Redaktionsschluß der meisten Medien.

Nach diesen vorläufigen Zahlen hat die Bundesregierung 2015 Rüstungsexportgenehmigungen in Höhe von 12,81 Mrd. Euro erteilt. Zudem zeige sich, das 2015 54% aller Genehmigungen Exporte für NATO-, EU- und gleichgestellte Länder ausgestellt worden seien und nicht wie früher nur knapp 40 %.

Nimmt man 2014 und 2015 zusammen, wurden Genehmigungen für Rüstungsexporte im Wert von deutlich mehr als 19 Mrd. von der großen Koalition erteilt, in jedem der beiden Jahre also durchschnittlich mehr als 9,5 Mrd. €.

Quelle: BITS von Otfried Nassauer.

<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/009696.html>

Attac

Das Finanzamt Frankfurt verweigert dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac weiterhin die Gemeinnützigkeit. Wie Attac jetzt mitteilte, hat das Finanzamt den Einspruch des Trägervereins gegen den aberkennenden Bescheid abgelehnt.

Attac wird gegen die Entscheidung klagen. Bis zu einer endgültigen Entscheidung können Jahre vergehen. Attac wird bis dahin ohne den Status der Gemeinnützigkeit weiter seine Satzungszwecke erfüllen, obwohl die Arbeit des Netzwerks dadurch erschwert wird. Zum Beispiel, weil Attac keine öffentlichen Zuschüsse oder Zuwendungen von Stiftungen erhalten kann.

Quelle: Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung" 17.2.16.

<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/009662.html>

Hormone

Aus Sicht der Umweltverbände verharmlost die Regierung die Gefahren von Umwelthormonen, sogenannter „endokriner Disruptoren“ (EDCs). Informationsprogramme für die deutsche Bevölkerung zur Vermeidung von solchen Schadstoffen werden als nicht notwendig erachtet, ebenso wenig wirksame nationale Gesetzesinitiativen.

EDCs werden in Zusammenhang gebracht mit Krankheiten wie Brustkrebs, Hodenkrebs, Hodenhochstand, Unfruchtbarkeit, Diabetes und Übergewicht. Führende Wissenschaftler

von der Weltgesundheitsorganisation und von zahlreichen anderen international anerkannten Institutionen fordern ein umgehendes politisches Handeln .

Im Dezember 2015 gab der EuGH einer Klage Schwedens statt und erklärte die Untätigkeit der EU-Kommission bei der gesetzlichen Regulierung von EDCs für gesetzeswidrig.

Für erkannte hormonell schädigende Substanzen müssen Verwendungsbeschränkungen her, fordert auch der BUND. Die Bundesregierung lehnt sie ein mögliches nationales Verbot von Bisphenol A in Lebensmittelverpackungen ab, wie es etwa Frankreich zum Schutz von Schwangeren und Kindern eingeführt hat. Der BUND fordert die Bundesregierung auf, dem Beispiel Frankreichs zu folgen und sich für eine schnelle Regulierung von hormonellen Schadstoffen im Sinne des im EU-Chemikalienrechts verankerten Vorsorgeprinzips einzusetzen.

Quellen:

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/073/1807335.pdf>

http://www.wecf.eu/download/2016/February/16_01_25_HintergrundinformationEDCs_final_final.pdf

EUGH-Urteil: EU-Kommission verstößt gegen ihre Verpflichtung zur Regulierung hormonell wirksamer Substanzen. GEMEINSAME PRESSEINFORMATION von WECF /PAN Germany, 17. Dezember 2015:

<http://www.wecf.eu/german/pressemeldungen/2015/EUGH-Urteil.php>

WECF | Women in Europe for a Common Future 2016

http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/hormonell-wirksame-substanzen-bundesregierung-nimmt-gefaehrung-von-umwelt-und-gesundheit-in-kauf.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2006.%20Februar%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 3.2.16

Glyphosat

Im März 2015 stufte die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) Glyphosat als wahrscheinlich krebserregend ein. Das Europäische Pestizidrecht (EU Verordnung 1107/2009) schließt die Zulassung von nachweislich krebserregenden Wirkstoffen aus. Doch das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), in seiner Rolle als Berichtersteller für die EU-weite Wiedergenehmigung von Glyphosat, und die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), haben den Wirkstoff als "nicht krebserregend" bewertet und stimmen somit einer erneuten Zulassung von Glyphosat zu.

Am 7.3.16, wird sich der zuständige Ausschuss (Standing Committee on Plant Animal Food and Feed) über eine Wiedergenehmigung für 15 Jahre befassen.

Glyphosat wird nicht zur Unkrautvernichtung beim Anbau resistenter Genpflanzen eingesetzt, sondern auch als Wachstumsverstärker. Dabei wird dem Getreide vor der Ernte das Pestizid aufgesprüht. Glyphosat ist da beliebt, weil es als unbedenklich gilt. Die Pflanzen geben dann kurz vor der Ernte einen Wachstumsschub, damit die Samen überleben können.

Das UBA dazu: „Zwar liegt selbst der höchste gemessene Wert um den Faktor 1.000 niedriger als die EU-Lebensmittelbehörde für vertretbar hält. Falls sich jedoch – wie von der WHO befürchtet – Glyphosat als „wahrscheinlich krebserzeugend beim Menschen“ herausstellt, muss über den Stoff neu diskutiert werden. Hier sieht das UBA weiteren Forschungsbedarf.“

UBA-Präsidentin Maria Krautzberger: „Wir müssen die Datenlage zur Belastung beim Menschen verbessern. Insbesondere bei Kindern wissen wir bisher kaum etwas. Dazu läuft im UBA bereits eine Studie. Wir sollten Glyphosat auch nicht isoliert betrachten, sondern die eingesetzten Produkte umfassender untersuchen. Heißt: Glyphosat mitsamt der anderen Stoffe bewerten, die zugesetzt werden, damit es auf dem Acker überhaupt wirkt.“ Diese Wirkstoffverstärker werden bei den Untersuchungen oft vernachlässigt. In der Ökolandwirtschaft ist Glyphosat nicht zugelassen. Rückstände können aber durch Abdrift vom konventionellen Nachbarn auftreten. Das Prinzip der gesamtschuldnerischen Haftung aus dem Gentechnikrecht gibt es bei Pestiziden nicht. Imker bleiben regelmäßig auf dem Schaden sitzen, wenn ein konventioneller Landwirt so gespritzt hat, dass die Bienen tot und der Honig kontaminiert ist.

Glyphosat stört massiv die Bodenmikrobiologie und wird im Boden nur dann abgebaut, wenn genug Bakterien zum Abbau vorhanden sind und das Pestizid nach Gebrauchsanweisung dosiert wurde. In unseren Breiten ist der Boden im Winter inaktiv, weil die Temperatur zu gering für eine ausreichende Aktivität der Bodenmikroben ist. Dann akkumuliert sich Glyphosat auch bei einer „normale“ Ausbringung im Boden.

Quelle: Quelle: PAN, 2.3.16, https://en.wikipedia.org/wiki/Crop_desiccation
<https://www.umweltbundesamt.de/themen/neue-uba-untersuchung-zu-glyphosat>

Genmais

Die Genmais-Sorte MON810 von Monsanto ist die einzige transgene Pflanze, die zum Anbau in der EU zugelassen ist. MON810 wird in Spanien auf über 100.000 Hektar angebaut. Die im Jahr 1998 erteilte Zulassung hing maßgeblich von der Annahme ab, dass Mais in Europa keine Möglichkeit hat, seine Gene mit wilden Artverwandten auszutauschen.

Diese Bedingungen haben sich nun jedoch verändert: Teosinte, die als Ursprungspflanze des Mais gilt und in Mexiko vorkommt, breitet sich seit 2009 in Spanien als invasive Spezies aus. Woher die Pflanzen kommen, ist nicht bekannt. Sehr wohl bekannt ist aber, dass Teosinte und Mais sich kreuzen und gemeinsame Nachkommen bilden können. Somit könnte es auch zum Gentransfer zwischen Teosinte und dem Gentechnik-Mais MON810 kommen, wodurch sich der transgene Mais dauerhaft in der Umwelt etablieren könnte.

Durch die Ausbreitung von Teosinte müsste die Genehmigung für den Anbau von MON810 folglich ihre Gültigkeit verlieren.

Quelle: Testbiotech, <http://testbiotech.de>

Gensoja

Die von Monsanto entwickelte transgene Sojabohne MON 87708 × MON 89788 ist gleich gegen zwei Spritzmittel resistent: Glyphosat und Dicamba. Beide Unkrautvernichtungsmittel hinterlassen Rückstände in den Pflanzen, die möglicherweise Krebs verursachen: Glyphosat wurde jüngst von einer Arbeitsgruppe der WHO als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft. Dicamba wird in den Pflanzen unter anderem zu Formaldehyd abgebaut, das bereits seit mehreren Jahren als kanzerogen gilt. Für diese Soja droht nun die EU-Zulassung als Lebens- und Futtermittel! Die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA stuft die Gentechnik-Soja als sicher ein, hat aber die Kombination der Rückstände und deren mögliche gesundheitliche Risiken nicht berücksichtigt. 30 bis 40 Millionen Tonnen Soja werden Jahr für Jahr von der EU importiert

und hauptsächlich an Nutztiere verfüttert.

Quelle: Testbiotech, <http://testbiotech.de/node/1316>

Genpatente

Nach der Firma Bionomics hat nun auch die Firma Altor BioScience ihre Patentansprüche auf genmanipulierte Schimpansen zurückgezogen. Am 7. Juli 2015 hat das Europäische Patentamt ein Patent der US-Firma Altor BioScience auf gentechnisch veränderte Tiere widerrufen. Die Firma hatte im Rahmen des Einspruchsverfahrens bereits vor dieser Entscheidung ihre Ansprüche auf transgene Schimpansen fallen lassen. Bereits vor einigen Monaten hatte die australische Firma Bionomics nach unseren Einsprüchen angekündigt, ihre Ansprüche auf gentechnisch veränderte Tiere zu streichen. Dagegen will die Firma Intrexon ihre Patente auf mit Insekten-DNA manipulierte Menschenaffen aufrecht erhalten. Das US-Unternehmen ist auch aus anderen Zusammenhängen bekannt: Intrexon hat mehrere Unternehmen wie ViaGen aufgekauft, die unter anderem Bullen und Schweine klonen, und besitzt große Anteile an der Firma AquaBounty, die gentechnisch veränderten Lachs produziert. 2015 übernahm Intrexon auch die Firma Okanagan Specialty Fruits, die gentechnisch veränderte Äpfel („arctic apple“) herstellt, und startete eine Kooperation mit FuturaGene zur Entwicklung von Gentechnik-Bäumen. Und nicht zuletzt ist Robert B. Shapiro, der ehemalige Konzernchef von Monsanto, Mitglied des Intrexon-Aufsichtsrats. Die Anhörung zu den Einsprüchen gegen die Patente von Intrexon findet am 29. September 2015 in Den Haag statt.

Quelle: Testbiotech

Insektensterben

Die Menschheit organisiert ihre eigene Hungerkrise, wenn sie weiter in diesem Tempo die Existenz der weltweiten Bestäuber gefährdet. Davor hat der Weltbiodiversitätsrat auf seiner Jahrestagung in Malaysias Hauptstadt Kuala Lumpur gewarnt. Bienen, Schmetterlinge, Käfer, Wespen oder andere Insekten – in einigen Weltregionen seien mehr als 40 % der wilden Bestäuberpopulationen gefährdet. Besonders betroffen seien Nordwesteuropa und Nordamerika, wo vor allem die intensive Landwirtschaft den Insekten seit Jahren zusetzt.

Quelle: Klimaretter.info

http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/weltbiorat-warnt-vor-insektensterben.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2005.%20M%C3%A4rz%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 28.2.16

Zika-Virus

Allein in Brasilien haben sich mindestens 1,5 Millionen Menschen mit dem Zika-Virus angesteckt. Wegen des sich ausbreitenden Zika-Virus hat die Weltgesundheitsorganisation WHO den globalen Gesundheitsnotstand ausgerufen. Mittlerweile seien Infektionen in mehr als 30 Ländern nachgewiesen, vor allem in Lateinamerika wurden besonders schlimme Fälle gemeldet: Infizierte Schwangere hatten dort mißgebildete Kinder zur Welt gebracht. Übertragen wird das Virus durch tropische Mücken der Gattung Aedes - besonders der Asiatischen Tigermücke und der afrikanischen Gelbfiebermücke. Zuletzt hatte die WMO einen globalen Gesundheitsnotstand nach dem Ausbruch von Ebola in Westafrika ausgerufen. Ursprünglich stammt der Virus aus Afrika, 1947 wurde er erstmals bei einem Affen aus

dem ugandischen Zikawald nachgewiesen. Anzeichen einer Infizierung sind Gelenks-, Muskel- und Kopfschmerzen sowie mildes Fieber. Derzeit gibt es noch keinen Impfstoff gegen eine Zika-Infektion, bei vielen Menschen bricht sie allerdings gar nicht erst aus. Offensichtlich sind Umweltzerstörung und Klimawandel ein Grund für die rasante Ausbreitung des Virus: Die Forscherin Allison Gottwalt von der George Washington Universität erklärte gegenüber dem Independent, dass die Abholzung von Regenwäldern "ideale Lebensbedingungen" für die tropischen Mücken schaffen habe. Niedrigere Vegetation würden den Mücken viel bessere Lebensbedingungen bieten als der dichtbewachsener Regenwald. Wegen den gestiegenen Globaltemperaturen hätte sich zudem der Lebensraum ausgebreitet. Die Bundesregierung hatte prognostiziert, dass sich die Tigermücke in bestimmten Regionen Süddeutschlands ansiedeln wird. Die Ärzte im Universitätsklinikum Düsseldorf haben erstmals einen Patient behandelt, der sich bei einem Besuch in Venezuela mit dem Zika-Virus angesteckt hat. Der Verdacht habe sich nach einer Blutuntersuchung bestätigt, meldet die Klinik.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/who-ruft-globalen-notstand-aus.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2006.%20Februar%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 2.2.16

Emissionen falsch berechnet

Ökonomen und Klimaforscher der Universität in Graz haben die Emissionen verschiedener Länder mit drei grundlegend verschiedenen Ansätzen berechnet: auf Grundlage der Emissionsbilanz durch die fossile Rohstoffförderung, durch die Wirtschaftsproduktion insgesamt, sowie durch den Konsum. Das Ergebnis: Geht man nach dem Konsum importierter Waren statt wie heute nach der Produktion, tragen Industrieländer noch viel stärker zum Klimawandel bei.

Deutschland stößt nach dem Produktionsprinzip jährlich etwa 13 Tonnen CO₂-Äquivalent pro Kopf aus. Nach dem Konsumprinzip hingegen sind es nicht weniger als 18 Tonnen. Dabei würde eine Berechnung nach dem Konsumprinzip vor allem China als der sogenannten "Werkbank der Welt" zugute kommen. Denn die Einwohner in China emittieren danach im Schnitt acht Tonnen klimaschädliche Gase pro Jahr, zehn Tonnen weniger als die Bundesbürger. Dass der Konsum von Produkten in viele Erhebungen zur Emissionsbilanz nicht einbezogen wird, kritisieren Experten seit Langem.

Um die Treibhausgas-Emissionen fair zu reduzieren, fordern die Forscher, dass bei der Berechnung der Emissionen für das neue Klimaabkommen alle Ansätze einbezogen werden.

Quelle: Klimaretter.info

http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/forscher-emissionsziele-falsch-berechnet.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2028.%20November%202015%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 26.11.15

Wetterextreme 2015

Die subtropische Erwärmung des Nordpols wurde durch ein extremes Tief über Island hervorgerufen. Der mächtige Sturm pumpt über Hunderte Kilometer riesige Warmluftmassen aus dem Süden in den hohen Norden. Wohlgemerkt: Plusgrade am kältesten Punkt der Nordhalbkugel, wo um die Zeit kein Sonnenstrahl hinreicht und

normalerweise klirrende Kälte um 30 bis 40 Grad minus herrscht. Tauwetter, wenn auch nur für kurze Zeit – meteorologisch ein historischer Moment.

Nun haben zwar findige Statistiker, schon kurz nachdem die Prognosen der amerikanischen und europäischen Vorhersagezentralen veröffentlicht waren, in den Statistiken der vergangenen siebzig Jahre drei andere Temperaturkurven entdeckt, die ebenfalls kurzzeitig an den Eisschmelzpunkt heranreichen, aber kein Warmluftereignis trat so spät im tiefen nordpolaren Winter auf.

Das aktuelle und drängendste Beispiel dafür ist das Klimaphänomen El Niño. Eine Klimaanomalie der jüngeren Erdgeschichte, die ihren Ausgang im tropischen Pazifik durch die Verlagerung gewaltiger Warmwassermassen aus dem West- in den Ostpazifik vor die südamerikanische Küste nimmt, wo normalerweise der kalte Humboldtstrom herrscht. Alle paar Jahre tritt sie auf, und je ausgeprägter die Erwärmung des Ostpazifiks ist, desto gravierender sind die Auswirkungen.

Äthiopien erlebt die schlimmste Dürre seit fünfzig Jahren, die Regierung rechnet mit massiven Ernteaussfällen und mehr als zehn Millionen akut Hungernden, darunter 400.000 Kinder.

Auch Haiti und Papua Neuguinea leiden unter extremer Trockenheit. Brände wüten in Kolumbien. 20 de 32 Departements des Landes sind akut gefährdet. Um 20 bis 30 % sind die Regenmengen in vielen Tropenländern eingebrochen, auch Indonesien hat wochenlange massive Brände hinter sich. Der asiatische Monsun ist beeinträchtigt und auch die Vorhersagen für Brasilien und Australien sind düster. Kenia und große Teile Indiens dagegen sowie Ecuador, Peru und Bolivien in Südamerika leiden unter wochenlangen Regenfällen und Überflutungen.

Die „International Cryosphere Climate Initiative“ etwa, ein Forschungsverbund von Arktis und Antarktisforschern weltweit, hat einen neuen, alarmierenden Bericht vorgelegt. Behandelt werden die Risiken, irreversible und möglicherweise unbeherrschbarer Folgen der Klimaerwärmung für die Nord- und Südpolargebiete sowie die alpinen Gletscher im Inland. Ihr Fazit: Die Eisschmelzen rund um den Planeten laufen derzeit mit einer unnatürlichen Geschwindigkeit ab. Geht es klimapolitisch so zäh weiter wie die Jahre davor, verschwinden am Ende unwiederbringlich die Gletscher in den Bergen weltweit und das Westantarktische Eisschild schon in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts – was den Meeresspiegel allein schon um vier bis zehn Meter anwachsen lassen würde. Grundwasserreservoir weltweit für an die zwei Milliarden Menschen, die von dem Schmelzwasser aus den Bergen angewiesen sind, könnten wie die von einer schon vierjährigen Dürre betroffenen Kalifornier darunter leiden.

Quelle: FAZ

<http://www.faz.net/aktuell/wissen/wird-2016-das-wetter-genauso-schlimm-wie-in-diesem-jahr-13991353.html> 30.12.15

Methanwerte

Auf dem norwegischen Festland und auf Spitzbergen wurden jetzt Rekordwerte beim Treibhausgas Methan gemessen, von denen noch nicht klar ist, ob sie direkt auf menschliche Aktivitäten zurückgehen oder sogar das langsame Auftauen des Permafrostbodens bedeuten. Die gemessenen Werte für Kohlendioxid- und Methangehalt in der Luft sind kräftig gestiegen und die höchsten, die je gemessen wurden.

Die 2013 global bei rund 1.815 ppb (parts per billion) liegenden Methan-Jahresmittelwerte seien auf Spitzbergen von 2006 bis 2014 vom ohnehin schon hohen Wert 1.853 ppb noch

weiter auf 1.910 ppb gestiegen. 2015 habe sich der Trend fortgesetzt. Zunächst sei man von einer kurzfristigen Tendenz ausgegangen, doch die Kurve flacht nicht ab. Methan hat in der Atmosphäre ein etwa 30-fach stärkeres Treibhauspotenzial als CO₂.

Man schätzt, daß rund 60 % des weltweiten Methanausstoßes menschengemacht sind. Massentierhaltung und Nass-Reisanbau sind ebenso Quellen wie die Verbrennung von Biomasse. Dazu kommen Deponiegase, die Förderung fossiler Energien oder das Fracking.

Die Permafrostböden in Tundra und Taiga und am Grund der Ozeane polarnaher Regionen sind riesige Kohlenstoff- und Methanspeicher. Ein wärmeres und feuchteres Klima kann bewirken, dass diese natürlichen Lagerstätten verstärkt das gespeicherte Klimagas freisetzen. Und an den Polen macht sich die Erderwärmung wesentlich stärker bemerkbar als in anderen Weltregionen.

Sollte diese Freisetzung von Methan mit auftauendem Permafrost und dem Arktischen Ozean zu tun haben, würde das die Klimaänderungen mit einem selbstverstärkenden Effekt befeuern.

Quelle: <http://www.klimaretter.info/umwelt/20779-alarm-um-rekordhohe-methanwerte>
4.3.16

Arktis: Öl- und Gasgewinnung stoppen

In einem gemeinsamen Statement zum Klimaschutz und zur Energieversorgung haben sich US-Präsident Barack Obama und der kanadische Premierminister Justin Trudeau zur Zukunft industrieller Aktivitäten in der Arktis geäußert. Neben Maßnahmen zur Reduktion von Methan-Emissionen und Plänen für ein Netzwerk von Arktis-Meeresschutzgebieten, einigten sich die beiden Staatsoberhäupter auf einen „Klimatest“ für ökonomische Aktivitäten in arktischen Gewässern: Alle künftig vorgeschlagenen Projekte, inklusive Ölbohrungen, sollen im Einklang mit internationalen und nationalen Klimaschutzziele stehen.

Quelle Greenpeace 11.3.16

http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/arktis-oel-und-gasreserven-muessen-im-boden-bleiben.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2012.%20M%C3%A4rz%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter

Klimawandel: In vier Jahren auf 1,5 Grad

Das Klima heizt sich noch schneller auf als bislang erwartet. Australischer Forscher halten einen Temperaturanstieg von 1,5 Grad Celsius bis 2020 für realistisch, 2030 könnte bereits die kritische Zwei-Grad-Schwelle erreicht sein.

Die Autoren der Universitäten Queensland und Griffith analysierten verschiedene Faktoren wie Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum sowie individuelle Energieverbräuche. Die Ergebnisse sind alarmierend: Die im Pariser Klimaabkommen festgelegte Zielvorgabe von 1,5 Grad Erwärmung wird demnach bereits in vier Jahren erreicht. Im November meldete der britische meteorologische Dienst Met Office, dass die Welt bereits ein Grad Erwärmung seit Beginn der Wetteraufzeichnungen angekommen sei.

Den Trend der galoppierenden Erwärmung bestätigt auch die US-amerikanische Ozean- und Atmosphärenbehörde NOAA in einem aktuellen Bericht. Darin beklagt sie die rapide anwachsende Menge von Treibhausgasen in der Atmosphäre. Die Messungen zeigen, dass deren Konzentration noch nie so schnell wuchs, wie im vergangenen Jahr. Der

Anstieg belief sich von 400,26 ppm (parts per million) im Februar 2015 auf 404,02 ppm im Februar 2016 - eine Zunahme von 0,94 % pro Jahr. "So etwas haben wir noch nie gesehen", sagte der leitende NOAA-Forscher Pieter Tans der Washington Post. In vorindustriellen Zeiten war ein Wert von 280 ppm üblich, zu Beginn der Messungen in den 1950er Jahren hatte man Werte von etwa 320 ppm ermittelt. Jenseits einer CO₂-Konzentration in der Atmosphäre von 450 ppm (parts per million) wird die globale Oberflächentemperatur um zwei Grad im Durchschnitt ansteigen. Die Forschung hat sogenannte "Kipp-Elemente" ausgemacht, die dann die Erderwärmung verselbständigen. Quelle: Klimaretter.info 11.3.16

<http://www.klimaretter.info/forschung/nachricht/20823-klimawandel-in-vier-jahren-auf-1-5-grad>

Atomrückstellungen

Die Atomkommission überlegt offenbar, die Atomkonzerne durch eine Einmalzahlung von 49 Milliarden Euro von den Folgekosten der Atomeenergie zu befreien. Im Fokus steht zunächst, Rückstellungen der angeschlagenen Atomkonzerne zu sichern. Die Kommission soll im Auftrag der Bundesregierung beraten, wie die Rückstellungen der Konzerne für Rückbau der AKWs und Endlagerung des Atom Mülls gesichert werden können. Die Konzerne RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW sind verpflichtet, insgesamt 38 Milliarden Euro für die Folgen der Atomkraft aufzubringen.

Der Vorschlag, die Rückstellungen in eine Stiftung oder einen Fonds einzuzahlen, existiert bereits seit längerer Zeit. Ein Vorteil wäre die Sicherung des Geldes. Bislang ist unklar, ob die finanziell angeschlagenen Atomkonzerne die zugesicherten 38 Milliarden tatsächlich aufbringen können. Denn ein Großteil der Summe ist angelegt, in konventionelle Kraftwerke investiert oder muss erst noch von den Konzernen verdient werden. Diese wären offenbar zu diesem Deal bereit, wollen im Gegenzug aber von allen weiteren Verpflichtungen entbunden werden, falls z.B. das Geld nicht ausreicht. Denn danach sieht es nach Einschätzung von Experten aus.

Bis Februar hat die Atomkommission unter Vorsitz des ehemaligen grünen Umweltministers Jürgen Trittin, Hamburgs Ex-Bürgermeisters Ole von Beust (CDU) und Brandenburgs ehemaligem Ministerpräsidenten Matthias Platzeck (SPD) noch Zeit. Dann soll sie der Bundesregierung einen Vorschlag vorlegen, wie die finanzielle Bewältigung der Atomfolgenkosten geregelt und die Rückstellungen der angeschlagenen Atomkonzerne gesichert werden kann.

Quelle energie Zukunft.eu 14.12.15

http://www.sonnenseite.com/de/wirtschaft/koennen-sich-die-atomkonzerne-fuer-49-mrd.-euro-freikaufen.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2019.%20Dezember%202015%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter

CDU und CSU wollen die Brennelemente-Steuer abschaffen

Mit einer Steuerbefreiung in Milliardenhöhe wollen CDU und CSU fünf Jahre nach Fukushima den Betrieb von Atomkraftwerken wieder fördern: Sie wollen die erst 2011 eingeführte Brennelemente-Steuer streichen. Insgesamt bekämen Eon, RWE, Vattenfall und EnBW mindestens 5 Milliarden Euro geschenkt. Das ist eine Ungeheuerlichkeit - zumal die Konzerne gerade versuchen, die Milliardenkosten für die Atom Mülllagerung auf den Staat abzuwälzen.

Die Union hat die Brennelemente-Steuer einst eingeführt, um 'die direkte Bevorzugung der Kernenergiewirtschaft' zu beenden.

Quelle: ausgestrahlt 11.3.16.

<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/009705.html>

Kosten und Risiken vom AKW Hinkley Point C

Hinkley Point C soll 2025 ans Netz gehen. Die britische Regierung will mit dem geplanten Atomkraftwerk die Versorgungssicherheit des Landes sicherstellen und hat den AKW-Investoren für die Laufzeit von 35 Jahren eine garantierte Einspeisevergütung von umgerechnet 120,51 Euro für jede in Hinkley Point C produzierte Megawattstunde versprochen. Das sind rund 40 % mehr, als z.B. ein neuer Windpark in Deutschland an Vergütung erhält.

EDF ist an dem etwa 23 Milliarden Euro teuren Bauprojekt zu rund zwei Dritteln beteiligt. Das restliche Drittel soll der chinesische Atomkonzern China General Nuclear Power Group (CGN) übernehmen. EDF hat allerdings angekündigt, weitere Beteiligungen von umgerechnet sechs Milliarden Euro bei privaten Investoren einsammeln zu wollen. Zugleich gibt es gravierende technische Mängel an dem für Hinkley Point C verwendeten Reaktordruckbehälter.

Für das AKW Hinkley Point C werden bereits jetzt Baukosten von mindestens 30 Milliarden Euro veranschlagt. Hinzu kommen Betriebszuschüsse aus Steuermitteln, die sich nach Berechnungen des Analyseinstituts Energy Brainpool auf 108 Milliarden Euro summieren werden.

Der bisherige Finanzchef des französischen Energiekonzerns EDF, Thomas Piquemal, hat inzwischen seinen Posten aufgegeben.

Quelle GREENPEACE ENERGY 2016

http://www.sonnenseite.com/de/politik/neues-dossier-zu-fehlern-und-skandalen-beim-edf-konzern.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2030.%20Januar%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 27.1.16

<http://www.klimaretter.info/wirtschaft/nachricht/20796-edf-finanzchef-wirft-wegen-hinkley-point-hin> 7.3.16

Schwerer Fessenheim Störfall 2014

Im französischen AKW Fessenheim gab es 2014 eine Überschwemmung. Die Betreiberfirma stellte das Ereignis als harmlos dar. Endlich berichten jetzt auch die deutschen Leitmedien über den schweren Fessenheim Störfall/Unfall am 9. April 2014, der in der Umweltbewegung am Oberrhein schon seit 2014 mit großer Sorge sehr intensiv diskutiert wird.

Nach einem Wassereinbruch auf mehreren Ebenen, kam es zu Kurzschlüssen und zum Ausfall eines der beiden Systeme zur Reaktorschnellabschaltung. Der Versuch, den Reaktor ordnungsgemäß herunterzufahren scheiterte. Die Steuerstäbe ließen sich nicht mehr bewegen. Damit war die Abschaltung des Reaktors nicht mehr in dem vorgesehenen Umfang sichergestellt.

Am Ende wurde der Reaktor per Einleitung von Bor ins Kühlsystem heruntergefahren. "Mir ist kein Fall bekannt, wo ein Leistungsreaktor hier in Westeuropa störfallbedingt durch Zugabe von Bor abgefahren werden musste", sagt Manfred Mertins. Er ist seit Jahrzehnten Sachverständiger für Atomkraftwerke, lange war er für die Gesellschaft für

Anlagen- und Reaktorsicherheit tätig, die im Auftrag des Bundes die Sicherheit von AKWs bewertet. "Das Ereignis zeigt, dass die betriebliche Abschaltung nicht mehr möglich war, sodass andere Mittel in Angriff genommen werden mussten."

Die Temperatur im Reaktorkern soll für 3 min aus dem Ruder gelaufen sein. Das ist sicherlich darauf zurückzuführen, dass man keine Informationen mehr über die Regelung im Kern hatte. Die Mannschaft habe in diesem Moment den Reaktor quasi blind gefahren, Quelle: BUND

http://www.sonnenseite.com/de/politik/hendricks-fessenheim-muss-vom-netz.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2005.%20M%C3%A4rz%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 5.3.16

<http://www.sueddeutsche.de/wissen/frankreich-panne-im-akw-fessenheim-war-gravierender-als-gedacht-1.2890408> 4.3.16

Fukushima

Die Brennstäbe aus dem Abklingbecken von Reaktor 4 sind entfernt. Die geschmolzenen Reaktorkerne wurden noch nicht gefunden, die tödliche Strahlung macht eine Annäherung unmöglich. Die Betreiberfirma TEPCO rechnet mit 30-40 Jahren Aufräumarbeit.

Täglich sind ca. 7000 Leute im Einsatz, bisher insgesamt 46.000. Das Schicksal dieser 46.000 eingesetzten Helfer ist eine menschliche Tragödie. Offiziell ist alles in bester Ordnung. Die Realität ist eine andere. Arbeitslose, Verarmte, Obdachlose werden, zT. mit Hilfe der Yakuza, der japanischen Mafia, rekrutiert. Wegen der hohen Strahlenbelastung sind ihre Einsätze nur kurz, danach werden sie wieder entlassen und niemand kümmert sich weiter um sie. Während die individuelle Höchstbelastung offiziell auf 1 Millisievert (mSv) pro Jahr festgelegt ist, wird den Arbeitern die hundertfache – 100 mSv – kumulierte Strahlendosis zugemutet. Ab Frühling 2016 soll dieser Wert gar auf 250 mSv erhöht werden. Die Grenzwerte für reguläre AKW- Mitarbeiter in Japan betragen maximal 50 mSv pro Jahr, bzw. 100 mSv in fünf Jahren.

Offiziell werden kaum Krankheits- oder Todesfälle als Folge der Strahlung anerkannt. Insider dagegen berichten von vielen Arbeitern, welche kurze Zeit nach ihrem Einsatz schwer erkranken und sterben.

Der soziale Druck ist sehr hoch. Immer wieder sind im Zusammenhang mit Fukushima und der Energiepolitik Japans kritische Stimmen durch „Strafaktionen“ zum Schweigen gebracht worden: Medienschaffende entlassen oder an tiefere Posten versetzt, durch Verleumdung in ihrem Image geschädigt.

Täglich dringen 300 t Grundwasser in die Reaktorgebäude ein und werden verstrahlt. Es wird abgepumpt, gefiltert und in Tanks gelagert, um eine weitere Kontamination des Pazifischen Ozeans zu vermeiden. Bisher ca. 1000 Tanks mit insgesamt 700.000 t kontaminiertem Wasser. Die Nuklearsicherheits-Behörde hat inzwischen grünes Licht dafür gegeben, mit Tritium verseuchtes Wasser verdünnt in den Ozean einzuleiten. Eine 800 m lange, stählerne Sperrwand ist inzwischen fertiggebaut, welche das verstrahlte Grundwasser daran hindern soll, ins Meer zu gelangen. Bisher ohne Erfolg: die Grundwassermenge hat sich sogar auf täglich 600 t verdoppelt. So richtet sich die Hoffnung auf die 1,5 km lange und 30 m tiefe Eismauer, welche bald fertiggestellt sein soll. Die Häufigkeit von Schilddrüsenkrebs bei Kindern liegt zur Zeit 20-50 mal höher als vor der Reaktor-Katastrophe und als in unverstrahlten Regionen Japans . Bei 92 % der operierten Kinder wurden zudem bereits Lymphknotenmetastasen, Invasion und Fernmetastasen festgestellt.

Greenpeace-Mitarbeiter untersuchen mit Hilfe eines Unterwasserroboters die Kontamination des Meeresbodens. Zu Beginn der Untersuchungen besuchte Naoto Kan, Japans Premierminister zur Zeit des Fukushima-Unglücks, das Greenpeace-Schiff Rainbow Warrior. Vor dem fünften Jahrestag der Katastrophe fordert Kan den endgültigen Ausstieg Japans aus der Atomenergie. „Ich habe daran geglaubt, dass Japans fortschrittliche Technologie einen nuklearen Unfall wie in Tschernobyl verhindern würde. Aber es ist passiert und ich stand kurz davor, 50 Millionen Menschen rund um Fukushima evakuieren zu müssen.

1,4 Millionen Tonnen radioaktiv verseuchtes Kühlwasser aus den havarierten Reaktoren ließ der AKW-Betreiber TEPCO nach dem GAU in den Pazifik abfließen. Auch anschließend gab es beträchtliche Austritte kontaminierten Wassers ins Meer.

2013 hat der amtierende Premierminister, Shinzo Abe, den „Act on the Protection of Specially Designed Secrets“, SDS, erfolgreich durch das Parlament gepiepscht. Nach Kritikern untergräbt dieses Gesetz Demokratie und Medienfreiheit. Und die Strafen sind hoch: bis zu 10 Jahre Gefängnis.

Das Stromsparen ist eine beeindruckende Meisterleistung japanischen Gemeinsinns, auch der Industrie. 2013 wurden landesweit 78.9 Twh einfach weggespart, soviel wie 13 große AKWs produzieren. Die sommerlichen Spitzenlasten (Raumkühlung) wurden 2011-2015 um 11-14 % reduziert. Diese Einsparungen blieben bisher konstant.

Großzügige Einspeisevergütungen haben einen Solarboom entfacht. Rasant werden PV-Anlagen hinzugebaut. Solaranlagen haben während der sommerlichen Stromlastspitze 2015 mehr als 10 AKWs ersetzt. Auch Windenergie kommt allmählich in Fahrt, doch haben einige der zehn Monopol-Stromverteiler dieser Entwicklung auch Steine in den Weg gelegt, zB. die Netzdurchleitung verweigert. Dieser Machtmissbrauch wird offenbar von der japanischen Regierung toleriert. Die vollständige Liberalisierung der Gas- und Strommärkte wird im April dieses Jahres in Kraft treten und neuen Stromanbietern eine Chance geben.

Doch unbeeindruckt von diesen großartigen Chancen streben Premier Shinzo Abe und der große Wirtschaftverband Keidanren andere Ziele an: bis 2030 20-22 % Kernenergie im Netz, 22-24 % Erneuerbare, der Rest fossil. Rückwärtsorientiert, klimafeindlich, fossil eben. Nach Sicherheitsprüfungen sind bereits wieder drei AKWs am Netz.

Quelle: Fritz und Kaori Wassmann-Takigawa

http://www.sonnenseite.com/de/politik/fuenf-jahre-nach-fukushima-die-andere-wahrheit.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2012.%20M%C3%A4rz%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter
12.3.16

http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/greenpeace-misst-radioaktive-belastung-vor-der-kueste-fukushimas.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2027.%20Februar%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter Greenpeace 25.2.16

Energiewende

Der Bundesregierung hatte in ihrem Energiekonzept 2010 beschlossen, die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis 2050 um 80 bis 95 % unter das Niveau von 1990 zu verringern, den Anteil der Erneuerbaren Energien am Stromverbrauch bis 2050 auf mindestens 80 % zu erhöhen und den Stromverbrauch bis dahin um 25 % zu senken. Für die Jahre 2020, 2030 und 2040 wurden jeweils Zwischenziele festgelegt. Während

2010 noch die Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke um durchschnittlich zwölf Jahre vorgesehen war, wurde nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima als weiteres Ziel der endgültige Ausstieg aus der Kernkraft bis 2022 beschlossen.

Der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromproduktion stieg von 2010 bis 2015 von 16,6 % auf 30,1 %. Die Erneuerbaren Energien haben damit den Rückgang der Kernenergie mehr als überkompensiert: Deren Anteil sank nach dem endgültigen Atomausstieg von 22,2 % im Jahr 2010 auf 14,1 % im Jahr 2015.

Wind und Photovoltaik liefern den günstigsten Strom. Allerdings sind Wind- und Solarstrom wetterabhängig – daher wird die Flexibilisierung des übrigen Kraftwerksparks und der Nachfrage immer wichtiger. Der zusätzliche Windstrom erfordert jedoch nicht nur zusätzliche Flexibilität, sondern auch neue Stromleitungen, da der Windkraft-Zubau vor allem an der Küste geschieht, der Windstrom aber in die Verbrauchszentren in Bayern und Baden-Württemberg transportiert werden muss. Von den 2009 beschlossenen 1.816 zusätzlichen Leitungskilometern wurde bis 2015 mit 614 Kilometer ein gutes Drittel realisiert.

Die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien verdoppelte sich fast von 105 auf 196 Terawattstunden, der Anteil am Strommix stieg von 16,6 % auf 30,1 %. Sie wurden damit zur dominierenden Erzeugungsform in Deutschlands Stromsektor. Der Zuwachs war beim Windstrom am stärksten, die Erzeugung wuchs von 37,8 Terawattstunden im Jahr 2010 auf 88 Terawattstunden im Jahr 2015. Danach folgt der Solarstrom, dessen Produktion sich von 11,7 auf 38,4 Terawattstunden verdreifachte.

Die Stromgestehungskosten für Erneuerbare Energien sind in den vergangenen fünf Jahren zum Teil drastisch gesunken. Während eine Kilowattstunde Solarstrom von kleinen Hausdachanlagen im Jahr 2010 noch mit 39,1 Ct/kWh vergütet wurde, waren es 2015 nur noch rund 12,5 Ct/kWh, das heißt 68% weniger. Im Bereich der Windenergie sank die Vergütung um knapp 10% von 9,6 auf 8,7 Ct/kWh.

Braunkohlekraftwerke erhöhten ihre Stromproduktion um 6 %, die Steinkohlestromproduktion blieb weitgehend konstant. Demgegenüber sank die Erzeugung in Gaskraftwerken im gleichen Zeitraum deutlich – 2015 wurde ein Drittel weniger Gas verstromt als 2010. Der Grund dafür liegt in den niedrigen CO₂-Preisen im EU-Emissionshandel, die sich im Zeitraum 2010 bis 2015 halbierten, wodurch die CO₂-intensiveren Kohlekraftwerken einen Vorteil gegenüber den CO₂-ärmeren Gaskraftwerken erlangen.

Quelle: Agora-Energiewende, 10.3.16

Quelle: http://www.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2016/5-Jahre-Energiewende/Agora_Chronologie_Energiewende_WEB.pdf

Rekord-Windkraft-Jahr der Offshorebranche

Auf den Meeren Europas sind 2015 Windräder mit einer Kapazität von 3.019 Megawatt neu installiert worden. In den letzten 12 Monaten wurden vor Deutschland 3.535,8 Megawatt Spitzenleistung ans Netz angeschlossen.

Insgesamt gibt es jetzt in den europäischen Hoheitsgewässern 84 Windparks, in denen 3.230 Offshore-Maschinen Strom erzeugen. In der Regel sind diese größer und leistungsstärker als die Windräder an Land und der Wind weht auf dem Meer auch beständiger, weshalb die "Stromernte" dort effektiver als an Land ist. Insgesamt beträgt die installierte Kapazität jetzt 11.027 Megawatt.

Quelle: klimaretter.info 2.2.16

Energiewende

Eines der größten Problemfelder der Energiewende ist die Kostenentwicklung. Die EEG-Umlage – 2015 erstmalig leicht auf 6,17 ct/kWh gesenkt – ist dieses Jahr auf ein Rekordhoch von 6,35 ct/kWh gestiegen. Gleichzeitig haben sich die Kosten für Netzeingriffe erhöht.

Auch die CO₂-Emissionen, weiterer Schlüsselindikator im Energiewende-Index, verschlechtern sich: Mit zuletzt 925 Mt ist der CO₂-Ausstoß von seiner 2020-Zielmarke (750 Mt) weit entfernt.

Solar-PV-Ausbau: Die Zielerreichung sinkt auf 121 %, die installierte Kapazität beträgt jetzt 39,1 GW. Mit einem Zubau von 1,3 GW wurde der niedrigste Wert seit 2007 erreicht und der geplante Ausbaupfad von 2,4 bis 2,6 GW weit verfehlt, obgleich die Kosten kontinuierlich sinken: Mit 8 ct/kWh gehört Solar-PV mittlerweile zu den günstigsten erneuerbaren Energien in Deutschland.

Arbeitsplätze in erneuerbaren Energien: Die Arbeitsplätze in erneuerbaren Energien verlagern sich: Insgesamt ist die Beschäftigung von 371.400 auf 355.400 gesunken. Allerdings verlagern sich die Arbeitsplätze weg von der Solarbranche – hier fiel jeder dritte Job weg – hin zur Windkraft, wo durch vermehrten Zubau sowohl onshore als auch offshore neue Stellen geschaffen wurden.

In den stromintensiven Industrien waren im März 2015 rund 1.616.000 Personen beschäftigt – 8.000 mehr als bei der letzten Erhebung.

Ausstoß CO₂-Äquivalent: Die Emissionen haben sich auf 925 Mt erhöht und rücken das für 2020 angepeilte Ziel von 750 Mt in immer weitere Ferne. Eine Ursache ist die nach wie vor starke Stromgewinnung aus Kohle, die 2015 zudem Rekordraten im Export erzielte. Die Zielerreichung des Indikators liegt jetzt bei 42 % und bleibt somit weiterhin „unrealistisch“.

Quelle McKinsey & Company 5.3.16

http://www.sonnenseite.com/de/energie/energiewende-anbindung-von-offshore-wind-anlagen-erreicht-vorzeitig-planziel-2020.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2005.%20M%C3%A4rz%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter

Windgas (Power-to-Gas-Technologie)

Bereits in den nächsten Jahren müssen zahlreiche Windgas-Elektrolyseure ans Netz gehen, um eine sichere Stromversorgung bei hohen Anteilen erneuerbarer Energien zu gewährleisten. Laut einer neuen Untersuchung des unabhängigen Analyseinstituts Energy Brainpool im Auftrag von Greenpeace Energy werden bis zum Jahr 2040 mindestens 14 Gigawatt dieser Anlagen benötigt. Windgas-Elektrolyseure wandeln überschüssigen Ökostrom in erneuerbares Gas um und machen Wind- und Solarstrom so in riesigen Mengen über lange Zeiträume im vorhandenen Gasnetz speicherbar. Mit der aktuellen Studie liegt erstmals ein fundierter Ausbaupfad für die auch „Power-to-Gas“ genannte Windgas-Technologie vor.

Nach Berechnungen der Hamburger Energie-Genossenschaft auf Basis der neuen Studie sollten ab dem Jahr 2020 jährlich 100 Megawatt (MW) installiert werden. Das Ausbautempo müsse ab 2025 auf 500 MW und ab 2030 auf 1000 MW jährlich ansteigen, um 2040 die nötigen 14 Gigawatt bereitstellen zu können. „Die Technologie ist reif für den Einstieg in die Serienfertigung, mit der die Anlagenpreise zügig fallen.“

Laut Energy Brainpool wird Windgas spätestens ab 2035 bei dann 74 % Erneuerbaren im Stromsektor systemnotwendig. Bis 2050 mit 100 % Ökoenergien werden der Analyse zufolge 89 Gigawatt an Elektrolyseuren benötigt, um die dann anfallenden Stromüberschüsse vor allem aus Wind und Sonne als erneuerbares Gas einzuspeichern. Damit können auch Phasen von bis zu drei Monaten mit wenig Wind und Sonne überbrückt werden, indem diese Energie über flexible Gaskraftwerke wieder zurückverstromt wird.

Die Untersuchung von Energy Brainpool zeigt zugleich, dass eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien im Zusammenspiel mit Windgas und weiteren Flexibilitätsoptionen deutlich günstiger ist als die derzeit von der Bundesregierung angestrebte Variante, wonach 20 % fossile Kraftwerke die Schwankungen von Wind- und Sonnenstrom ausgleichen sollen.

Im gesetzlichen Rahmen allerdings ist Windgas dennoch bislang nicht ausreichend verankert. Greenpeace Energy fordert deshalb von der Bundesregierung faire Chancen für die Technologie. So sollten Elektrolyseure, die mit ungefordertem Windstrom laufen, im Gegenzug keine EEG-Umlage bezahlen müssen. Zudem könnten Elektrolyseure das Stromnetz auf erneuerbarer Basis stabil halten. Doch die Marktregeln behinderten bislang einen diskriminierungsfreien Zugang. „Bei diesen notwendigen Verbesserungen für ein versorgungssicheres erneuerbares Stromsystem geht es uns nicht um Subventionen“, betont Marcel Keiffenheim von Greenpeace Energy: „Wir fordern vielmehr den Abbau unsinniger Hemmnisse, die bislang den Erfolg einer wichtigen Zukunftstechnologie blockieren.“

Studie von Energy Brainpool zum Windgas-Ausbau (PDF)

http://www.greenpeace-energy.de/fileadmin/docs/pressematerial/20160224_EnergyBrainpool_Minimaler_Windgasbedarf_GreenpeaceEnergy.pdf

Windgas-Studie 2015 (PDF, Langfassung)

http://www.greenpeace-energy.de/fileadmin/docs/pressematerial/Windgas-Studie_2015_FENES_GPE_lang.pdf

Windgas-Studie 2015 (PDF, Kurzfassung)

http://www.greenpeace-energy.de/fileadmin/docs/pressematerial/Windgas-Studie_2015_Kurzfassung.pdf

Bundestrojaner kommt zurück

Der Bundestrojaner zur Onlinedurchsuchung gehört zu den umstrittensten Ermittlungsmethoden der Polizeibehörden. Das BKA darf seine selbst entwickelte Software zur „Quellen-Telekommunikationsüberwachung“ (TKÜ) jetzt wieder einsetzen. Das Bundesinnenministerium hat die Einwilligung jetzt erteilt. Das BKA hatte den Trojaner in den vergangenen Jahren selbst entwickelt, weil die kommerziell erhältlichen Lösungen die verfassungsrechtlichen Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts nicht erfüllten. So darf Software mit dem vollen Funktionsumfang eines Trojaners nur zum Einsatz kommen, um überragende Gefahren für Leib und Leben von Menschen oder Straftaten gegen den Bestand des Staates abzuwehren. Der jetzt entwickelte Trojaner soll nach Angaben der Behörden nur zum Abhören von direkt auf dem Gerät verschlüsselten Kommunikationsmitteln eingesetzt werden - dafür würden dann niedrigere Hürden gelten. Beispiele für diesen Einsatzzweck sind VoIP-Lösungen wie Skype und Messenger sowie möglicherweise PGP-verschlüsselte E-Mails.

Kritiker haben weiterhin Bedenken gegen den Einsatz von Quellen-TKÜ-Software. Einerseits ist die Rechtsgrundlage für den Einsatz von Quellen-TKÜ weiterhin umstritten, andererseits gibt es bislang keine unabhängige Prüfung des Quellcodes. Zwischenzeitlich hatte das Bundeskriminalamt eine Kopie des Finfisher-Trojaners Finspy erworben - zu Testzwecken, wie es damals hieß. Das Produkt wird in zahlreichen autoritären Staaten eingesetzt, unter anderem in Ägypten und Bahrain - die OECD hatte das Unternehmen wegen mangelnder Menschenrechtsprüfungen gerügt.

<http://www.golem.de/news/quellen-tkue-der-bundestrojaner-kommt-zurueck-1602-119302.html>

22.2.16

neues Abhörzentrum für Ostdeutschland

In einem „Gemeinsamen Kompetenz- und Dienstleistungszentrum auf dem Gebiet der polizeilichen Telekommunikationsüberwachung“ (GKDZ) wollen die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen soll die polizeiliche Telekommunikationsüberwachung zur Erfassung und Aufbereitung der Daten zusammenführen.

Es soll eine Trennung der Informationen zu Strafverfolgungs- gegenüber Gefahrenabwehrvorgängen und nach Ländern und Zuständigkeiten erfolgen. Das Zentrum hat seinen Standort in Sachsen.

<https://netzpolitik.org/2016/wir-veroeffentlichen-entwurf-des-staatsvertrags-zum-gemeinsamen-ueberwachungszentrum-von-fuenf-bundeslaendern/> 4.3.16

Verfassungsschutz beobachtete NSU

Das Innenministerium in Brandenburg hat 1998 die Festnahme der rechtsextremen Terrorgruppe NSU verhindert. Im Landtag wird nun ein Untersuchungsausschuss wahrscheinlich.

Ein V-Mann-Führer der Verfassungsschutzabteilung des Brandenburger Innenministeriums im Münchner NSU-Prozess bestätigte bisherige Erkenntnisse, dass der Brandenburger Verfassungsschutz die Mordserie des NSU-Trios hätte verhindern können. Ein Anwalt der NSU-Opfer Thomas Bliwier von der Hamburger Kanzlei BDK sagte dazu gegenüber der Tageszeitung „Die Welt“: „Bis heute verschleiern Brandenburger Behörden, dass sie damals dem Quellenschutz Vorrang vor der Festnahme der Gesuchten gegeben haben und die Polizei im Regen stehen ließen.“

Der V-Mann Carsten Sz., Deckname „Piatto“, spähte Ende der 90er Jahre die Neonazi-Szene in Chemnitz aus, und zwar im Führungszirkel der später verbotenen Gruppe „Blood and Honour“. Die Neonazis versteckten damals die aus Jena abgetauchten späteren NSU-Terroristen, die von 2000 bis 2006 neun rassistisch motivierte Morde an türkischen und griechischen Gewerbetreibenden verübt haben. 1998 berichtete „Piatto“ seinem V-Mann davon, dass die Chemnitzer Neonazi-Szene Waffen für die drei Neonazis aus Jena beschaffen wollte, um die Flucht nach Südafrika zu finanzieren.

Das Trio wurde von der Thüringer Polizei per Haftbefehl gesucht. Der Verfassungsschutz Brandenburg leitete die Informationen von Piatto zwar weiter, verweigerte den Ermittlern in Thüringer aber Auskünfte zum Einsatzort des V-Mannes und zum Umfeld. Die Begründung: Quellenschutz. Piatto sollte Informationen zu „Blood and Honour“ liefern. Der erste von mindestens zehn Morden, die der NSU begangen haben soll, geschah am 9. September 2000 in Nürnberg.

Quelle: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/nsu-skandal-brandenburger-verfassungsschutz-verhinderte-festnahme-des-nsu-trios/13315262.html> 13.3.16

NSU-Prozess

Die Angeklagte Beate Zschäpe hat offenbar gelogen. Videos belasten die NSU-Angeklagte.

Das BKA fand jetzt bei der Untersuchung einer sichergestellten DVD heraus, dass am 9. Juni 2004 schon zwei Stunden nach dem Nagelbombenanschlag des NSU in Köln möglicherweise in der Zwickauer Wohnung der Terrorzelle mit einem Videorekorder Fernsehberichte über das Verbrechen aufgezeichnet wurden. Da die Täter, die Neonazis Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, so schnell nicht von Köln nach Zwickau zurückfahren konnten, gerät nun Zschäpe in Verdacht, die TV-Berichte aufgenommen zu haben.

Sequenzen der DVD wurden später zudem im Bekennervideo des NSU verwendet.

In ihrer Einlassung im Dezember hatte die Angeklagte behauptet, sie habe nicht gewusst, dass Mundlos und Böhnhardt nach Köln fahren wollten. Die beiden hätten erst nach ihrer Rückkehr von dem Bombenanschlag berichtet. Die DVD, auf der die von dem Videorekorder überspielten Sendungen waren, hatte die Polizei 2011 im Brandschutt des von Zschäpe angezündeten Hauses in Zwickau entdeckt.

Quelle: <http://www.tagesspiegel.de/politik/beate-zschaepe-hat-offenbar-gelogen-videos-belasten-nsu-angeklagte/13306076.html>

Illegaler Holzhandel

Im Kampf gegen den Handel mit illegal geschlagenem Holz müssen EU-Staaten und der Privatsektor mehr tun, um die geltende EU-Vorgaben umzusetzen.

Ein Hauptgrund für die mangelhafte Umsetzung sind die unzureichenden Ressourcen, die den zuständigen Behörden in den Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen, um die geltenden Regeln umzusetzen. Zudem sind die Strafen bei Verstößen in den verschiedenen Mitgliedstaaten höchst unterschiedlich. Während einige Staaten Verstöße gegen bestimmte Bestimmungen der Holzverordnung als Ordnungswidrigkeit einordnen, sehen andere sie als Straftat.

Die Holz-Verordnung untersagt das Inverkehrbringen von Holz aus illegalem Holzeinschlag auf dem europäischen Markt, sowohl für importiertes als auch für im Inland erzeugtes Holz und hergestellte Holzzeugnisse.

Gegen vier Mitgliedstaaten (Griechenland, Ungarn, Rumänien und Spanien) laufen derzeit Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichtanwendung der EU-Vorgaben.

Quelle Europäische Kommission

http://www.sonnenseite.com/de/politik/illegaler-holzhandel-eu-staaten-muessen-mehr-tun.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2027.%20Februar%202016%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 23.2.16

Eurokrise

Die Eurokrise steht in einer Reihe vieler internationaler Finanzkrisen, in deren Folge sich die Geldmenge und die Staatsverschuldung immer weiter erhöhte.

Die niedrigen Zinsen der EZB führten zu einer starken Verschuldung in Südeuropa. Das hat den Konsum dort angekurbelt. Investitionen die die durchschnittliche Produktivität erhöhen, fanden aber kaum statt, weil eine leistungsstarke Unternehmerschaft dort fehlt.

Strukturelle Reformen blieben in diesen Staaten aus. Die Höhe der faulen Kredite liegt bei ca. 720 Mrd. Euro in der Eurozone, davon 500 Mrd. Euro in den Krisenländern. Deutschland haftet incl. Target2 und ESM mit 33,7% für 574 Mrd. Euro (ifo). Diese Forderungen werden wertlos, wenn die Eurozone auseinanderbricht und sie sind nur minimal verzinst.

Als systemrelevant eingestufte Banken wurden gerettet und damit das Haftungsprinzip für falsche wirtschaftliche Entscheidungen aufgehoben.

Mit der EZB- Niedrigzinspolitik wird faktisch die Altersvorsorge vieler Menschen zerstört. Inzwischen verlieren nicht nur Sparer und Anleger, inzwischen wird die Luft auch für die Sparkassen und Banken eng. Wichtig wäre es vor allem, in der Zukunft wieder zur Rationalität zurückzukommen.

Das Halten von Staatsanleihen durch Banken muß endlich generell mit Eigenkapital unterlegt werden. Die EZB muß aufhören Staatsschuldypapiere mit Schrottstatus zu akzeptieren.

Im Interesse der Nord-Staaten der Eurozone wäre eine Reform der EZB. Dazu müßten nicht nur die Abstimmungsverhältnisse im EZB-Rat geändert werden, sondern auch die Struktur der Eurozone insgesamt.

Ein sinnvolles Vorbild könnte die Fed in den USA sein. Dort existieren 12 selbständige Fed-Banken (Aktiengesellschaften mit Mitgliedszwang für alle größeren Banken in ihren jeweiligen eigenem Distrikten). Die 12 Fed-Distrikte setzen sich jeweils aus mehreren Bundesstaaten zusammen. Zum Teil durchschneiden die Grenzen der geldpolitischen Distrikte sogar einzelne Bundesstaaten. Als Folge der Entflechtung von politischen Grenzen und geldpolitischen Distrikt-Grenzen in Amerika gibt es keine feste Zuordnung der Geldpolitiker zu einem Bundesstaat – und entsprechend weniger Einfluss regionaler Politik auf die Geldpolitik. Das ist im Euroraum anders.

Die Target-Kredite in Amerika sind unattraktiv. Die defizitären District-Feds versuchen eher, ihre Schulden aus eigener Kraft zu tilgen, bevor sie einen Target-Kredit in Anspruch nehmen. Das Interdistrict Settlement Account ist das Verrechnungskonto des Federal Reserve Systems, über das ausschließlich Interbank-Überweisungen zwischen den 12 Federal Reserve Banken abgewickelt werden. Es wird vom Federal Reserve Board in Washington, D.C., betrieben. Einmal jährlich im April werden Sicherheiten, welche sich im System Open Market Account befinden, zwischen den Fed Banken neu zugeteilt. In diesem System werden nur erstklassige Wertpapiere als Sicherheiten akzeptiert. Die Verteilung hängt davon ab, wie hoch die ISA-Salden einer Fed sind.

Diese Konstruktion wirkt wie eine Golddeckung, so daß sich bis zu einem gewissen Grad die Bilanz zwischen den Distrikten ausgleicht. Wenn die Preise in einem Distrikt steigen, wird die Handelsbilanz passiv und es fließen Wertpapiere ab. Das schützt vor Inflation, denn die zuständige Fed wird in ihrem Distrikt die Diskontzinssätze anpassen.

EZB senkt Leitzins auf null Prozent

Die Europäische Zentralbank hat den Leitzins überraschend auf null Prozent gesenkt. Zugleich verschärfte sie den Strafzins, den Banken zahlen müssen, wenn sie Geld bei der EZB parken. Beides soll die Wirtschaft ankurbeln. Viele Experten sehen das kritisch. Die EZB hat ihre Geldpolitik erneut gelockert. Wie die Europäische Zentralbank (EZB) mitteilte, wird der Schlüsselzins für die Versorgung der Geschäftsbanken mit Notenbankgeld erstmals auf null Prozent gesetzt. Bislang lag er bei 0,05 Prozent.

Mit dem "massiven Schritt" der weiteren Leitzinssenkung habe aber niemand gerechnet. Es steigt das Risiko, dass es in Deutschland am Immobilienmarkt zu Überhitzungen kommt. Außerdem wird der Anreiz für Euro-Länder gesenkt, notwendige Reformen durchzusetzen."

<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/ezb-227.html> 10.3.16